



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK
UND WEHRWISSENSCHAFT

POSTFACH 65, 8024 ZÜRICH

Sicherheitspolitische Information

Herausgegeben vom Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)
Postfach 65, 8024 Zürich (PC 80-500-4, CS Zürich, Konto-Nr. 468809-01)

www.vsww.ch

Präsident: Dr. Günter Heuberger

Redaktion: Dr. Daniel Heller (heller@farner.ch)

Juni 2004

Sicherheit durch Kooperation:

Unwille zur internationalen Zusammenarbeit? Ein Diskussionsbeitrag

Von Oberstlt i Gst Christoph Grossmann, Vizepräsident VSWW, Bassersdorf

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1 Einleitung	3
2 Sicherheit durch Kooperation?	3
2.1 Innere Kooperation oder Sicherheitsdepartement?	4
2.2 Die Armee ist keine Hilfspolizei!	4
2.3 Interoperabilität in der inneren Sicherheit ausbauen	4
2.4 Rüstungskoperationen ausbaubar	5
2.5 Wartungskoperationen ausbaubar	5
2.6 Betriebskoperationen ausbaubar	5
2.7 Entwicklungskoperationen ausbaubar	6
2.8 Ausbildungskoperationen ausbaubar	6
2.9 Beiträge zur Internationalen Stabilität ausbaubar	7
2.10 Kommunikation deutlich verbesserungswürdig	7
3 Fazit: Sicherheit durch Kooperation!	7

Vorwort

Vor bald fünf Jahren hat der Bundesrat dem Parlament den Sicherheitspolitischen Bericht vorgelegt. Unter dem Titel «Sicherheit durch Kooperation» wurden nationale und internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung von Gefahren strategischen Ausmasses nebeneinander gestellt. Inzwischen stellt sich die Frage, ob der Bundesrat die damaligen Überlegungen bereits teilweise wieder aufgegeben hat.

Jede nationale Sicherheitspolitik hat Ihre Eigenheiten, so auch die schweizerische. Es geht im Folgenden nicht darum, die dauernde Neutralität, den verfassungsmässigen Verteidigungsauftrag, die eurostrategische Bedeutung des Alpenraumes oder das Milizprinzip grundsätzlich in Frage zu stellen. Vielmehr erscheint es wichtig, anhand von praktischen Beispielen aufzuzeigen, mit welchen Nachteilen die gegenwärtige Zurückhaltung bezüglich internationaler, sicherheitspolitischer Zusammenarbeit verbunden ist. Wer diese Absenz bewusst vertritt, bewegt sich auf dünnem Eis und sollte einleuchtende Konzepte und Begründungen liefern, um die behaupteten Vorteile den immer offensichtlicher werdenden Nachteilen gegenüberzustellen.

Dr. Günter Heuberger, Präsident

1 Einleitung

In jüngster Zeit hat sich das europäische Umfeld trotz normativer Differenzen mit grosser Pragmatik weiterentwickelt. Mit Blick auf diese rasanten Entwicklungen hat sich die Schweiz auf Stufe Armee für einen Planungs- und einen Führungsstab entschieden. Inzwischen hat auch die Nato zwei neue Kommandos gebildet, eines für die Transformation des Bündnisses (ACT) und eines für die Operationen (ACO).

Auf militärstrategischer Stufe scheint der Bundesrat jedoch nach den Parlamentsdebatten zur Armee reform 2002 – im Unterschied zur Aussenpolitik – an Ort zu treten und sich durch die operative Umsetzung der Reformen ablenken zu lassen. An unterschiedlichen Beispielen kann aufgezeigt werden, dass Chancen verpasst werden, wenn die im sicherheitspolitischen Bericht begründeten Stossrichtungen vernachlässigt werden.

2 Sicherheit durch Kooperation?

Seit Niederschrift des sicherheitspolitischen Berichtes 2000 «Sicherheit und Kooperation» sind wenige Jahre vergangen. Die internationale Bedrohungssituation hat sich seither kaum verändert, markanteste Entwicklung ist wohl das Aufkommen des neuen Terrorismus.

Das Konzept «Sicherheit durch Kooperation» hat vor diesem Hintergrund nichts von seiner Aktualität eingebüsst: Im Inneren gilt es, gerade mit Blick auf Terrorbedrohungssituationen, Sicherheit durch effektive Kooperation aller sicherheitspolitischen Akteure herzustellen; im Ausland gilt es, Stabilität durch Kooperation mit anderen, gleichgerichteten Kräften zu erreichen. Beispiele dafür sind die Versuche, zusammengebrochene Staaten neuen, geordneten Verhältnissen zuzuführen («Nation Building»). Nation Building mit durchaus unterschiedlichen Ausgangslagen und Erfolgskoeffizienten, aber bezogen auf ihre Bedeutung für Frieden und Stabilität gleichsam ausdruckskräftig sind folgende Fälle: nach dem Zweiten Weltkrieg

Deutschland und Japan; in jüngster Vergangenheit Kosovo, Somalia, Haiti, Bosnien, Afghanistan und Irak. Sie zeigen, dass der Ansatz «Sicherheit und Kooperation» auch ausserhalb des eigenen Landes wichtig und richtig ist.

Mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 hat sich der Bundesrat also zu vollem Recht innen wie aussen für Kooperation ausgesprochen.

2.1 Innere Kooperation oder Sicherheitsdepartement?

Umso mehr erstaunt es, wenn in einem Sicherheitsdepartement Polizei- und Militäraufgaben vereint werden sollen. Bis anhin kannte man nur von Diktaturen, dass die gleiche Stelle für Militär und Polizei zuständig ist. Schliesst man einmal aus, dass es dabei um Machtspiele im Bundesrat geht, so stellt dies eine grobe Missachtung des Volkswillens dar. Denn weder soll die Milizarmee konstabulisiert werden, noch wollen Volk und Stände eine Bundespolizei, wozu letztlich die Kombination von Grenzwachtkorps und Militärische Sicherheit nötig werden würde. Die Schaffung eines Sicherheitsdepartementes geht deutlich über den Kooperationsgrundsatz hinaus und nimmt den Kantonen Kompetenzen weg. Zudem nützt eine organisatorische Zusammenfassung wenig, wenn der Bund nicht über ein zeitlich und örtlich begrenztes Ausnahmerecht zur Übernahme der Polizeihohheit von den Kantonen für spezielle Fälle verfügt.

Ebenso wenig linientreu, aber gerade im umgekehrten Sinn, verhält es sich mit den stiefmütterlich behandelten militärischen Aussenbeziehungen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, «Sicherheit durch Kooperation» werde nur noch auf die nationale Sicherheitskooperation bezogen. Wie sonst kann es sein, dass der zuständige Bundesrat es noch nie für nötig erachtet hat, am zweimal jährlich stattfindenden Treffen der europäischen Verteidigungsminister teilzunehmen, sondern jeweils einen Staatssekretär dorthin schickt. Dass dies von den übrigen Staaten nicht verstanden wird,

scheint in Bern nicht bemerkt zu werden. Hier scheint Remedur nötig, parteipolitische Zugehörigkeit hin oder her.

2.2 Die Armee ist keine Hilfspolizei

Auf operationeller Stufe ist mit der Armeereform ein grosser Schritt erfolgt. Netzwerkzentrierte, bewegliche Operationen durch kleinere Verbände und die Auftragserfüllung in grossen Räumen verlangen Training. Damit wurden auch der Einjahresrhythmus und die ursprünglich geforderten 24 Wochen Rekrutenschule begründet.

Statt Lahmlegung der WK-Truppen mit Botschaftsbewachungen sollten gemäss Konzept, allenfalls mit Zwang, die Durchdienerzahlen erhöht werden, um der auch volkswirtschaftlich und staatspolitisch falschen Ressourcenallokation zu begegnen. Botschaftsbewachungen durch WK-Miliz als Daueraufgabe sind weder für Truppe noch für Kader interessant und verhindern die Auftragserfüllung gemäss Armeeleitbild.

Dass die dahinter stehenden finanzpolitischen Zusammenhänge das gegenwärtige Tun fördern, bedeutet nicht, dass es richtig ist. Folgt man dem fiskalpolitischen Ansatz, dass Bund und Kantone separate Aufgaben haben und dafür auch separate Steuern erheben können sollen, sowie dass keine Quersubventionierungen über die Regierungsstufen erfolgen sollen, so sind weder mit dem Verteidigungshaushalt sicherheitspolizeiliche Aufgaben respektive Sicherheitsdienstleistungen zu finanzieren, noch ist Armeepersonal auf Dauer für Aufgaben wie Botschaftsbewachungen einzusetzen.

2.3 Interoperabilität in der inneren Sicherheit ausbauen

Beinahe die Hälfte der Armee wird inzwischen von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten. Es scheint geradezu eine unheilige budgetpolitische Allianz der Regierungen von Bund und Kantonen derzeit Oberhand zu haben, da die

Bewachung durch Miliz auf beiden Stufen nicht direkt budgetrelevant ist. Der bundesrätliche USIS III-Entscheid und dessen kürzliche Bestätigung stehen im Widerspruch zum sicherheitspolitischen Bericht und zum Armeeleitbild, welches für solche Aufgaben die Durchdiener vorgesehen hat. Will man an den Botschaftsbewachungen festhalten, ist die entsprechende Anzahl Durchdiener zu rekrutieren, allenfalls auch mit Zwang.

Wesentlich ist jedoch vor allem, dass die Armee die Chance hat, ihre eigentliche Aufgabe so zu trainieren, dass die Soldaten zu einer glaubwürdigen Leistungsfähigkeit kommen. Konferenzschutz wie G8 oder WEF stellen subsidiäre Einsätze dar, die für die Armee wertvoll sind. Die vom Generalsekretär VBS zu Jahresbeginn so bezeichnete «Subsidiaritätsfalle» dagegen richtet in einer für Miliztätigkeiten kritischen Zeit grossen Schaden an, denn der Bewachungsbedarf von Botschaften stellt bei näherer Betrachtung keine existentielle Gefährdung für die Schweiz dar, wie dies im republikanischen Sinn eigentlich Voraussetzung für das Eingreifen des Bürgers als Soldat wäre.

Fazit: Es gilt die Weichen wieder so zu stellen, dass die vom Volk getragene Armee diejenigen Fähigkeiten entwickeln kann, die von modernen Armeen verlangt werden. Und für die Gewährleistung der inneren Sicherheit wäre es als organisatorische Massnahmen wesentlich dringlicher, wenn allen sicherheitspolitischen Partnern endlich die kommunikativen Mittel in die Hand gegeben würden, um im Einsatz effizient kooperieren zu können.

2.4 Rüstungskoperationen ausbaubar

Weltweit wächst die Rüstungsindustrie zusammen, es entstehen Kooperationen und Konsortien. Kaum ein Land in Westeuropa beschafft Rüstungsgüter allein; auch auf der Nachfrageseite bilden sich Konsortien.

Standardisierung ist ein Anliegen aller Armeen, da es im Rahmen der friedensfördernden Operationen um konkrete Zusammenarbeit geht. Warum sollen eigene, kleine Transport-

flugzeuge beschafft werden (CASA 235, 295), statt dass die Schweiz sich wie die Nachbarstaaten an einer europäischen strategischen Airlift-Initiative beteiligt? So erhielte sie das Anrecht, auch die neuen Transportflugzeuge A400M von EADS einzusetzen, welche zum einen wesentlich leistungsfähiger wären, zum anderen per se interoperabel sind und zudem dank dem Verbund auch ausreichend genutzt werden.

Der Schweiz fehlt – ein weiteres Beispiel – eine operative Aufklärungsfähigkeit, wie im übrigen auch den meisten Nachbarn. Drei haben sich nun aber zusammengeschlossen, um eine europäische Version der Aufklärungsdrohne Global Hawk zu entwickeln und gemeinsam zu betreiben. Es wäre sowohl von der Bedürfnisseite her wie auch finanziell zweckmässig, wenn mit solchen Projekten die internationale Kooperation verstärkt würde. Auch solche Optionen bedingen eine politische Vorbereitung.

2.5 Wartungskoperationen ausbaubar

RUAG Aerospace ist ein anerkanntes Wartungsunternehmen für Flugzeuge, das sich in Bundesbesitz befindet. Mehrere Nachbarstaaten haben sich für den Eurofighter entschieden.

Man mag nun über Dringlichkeit und Stückzahlen eines neuen Kampflugzeuges verschiedener Auffassung sein; der Ansatz einer gemeinsamen Wartung durch Schweizer Unternehmen wäre jedenfalls attraktiv. Wiederum bräuchte es dazu ein politisches Bemühen, welches von der Direktion für Sicherheitspolitik im Verbund mit der armasuisse so vorbereitet werden können müsste, dass sich Verteidigungsministertreffen noch mehr lohnen.

2.6 Betriebskooperationen ausbaubar

Auch bei Betriebsleistungen findet eine Internationalisierung statt. Die meisten westlichen Länder sind daran, Gefechtsübungszentren mit Livesimulation aufzubauen. Auch die Schweiz

plant dies in St. Luzisteig/Walenstadt und Bure. Der Bereich Simulation&Training von RUAG Electronics ist ein führender Lieferant. Weitere Schweizer Anbieter, wie Siemens Schweiz AG, sind selber Teile internationaler Konzerne und verfügen ebenfalls über hervorragende Produkte, gerade auch im Bereich Civil and National Security.

Es ist abzusehen, dass wenige Jahre im Sinne eines «window of opportunity» bestehen, um sich im Wettbewerb mit schwedischen und deutschen Firmen auf diesen Märkten zu etablieren, sei es als Lieferant oder Betreiber. Erneut stellt sich die Frage, ob «Sicherheit durch Kooperation» nicht auch hierbei eine stärkere internationale Interessensvertretung auf politischer Ebene vertragen würde, nachdem der Bundesrat bereits 1999 die Trends der Rüstungsmärkte erkannt hat. Er schrieb im Sicherheitspolitischen Bericht: «Die Konzentration auf dem Rüstungsmarkt und die internationale Arbeitsteilung sind in den letzten Jahren markant fortgeschritten.»

2.7 Entwicklungskooperationen ausbaubar

Ein in Europa nach wie vor ungelöstes Problem stellt die Abwehr von ballistischen Lenkwaffen dar, die von keinem Land allein zu bewältigen ist. Die Vereinigten Staaten sehen vor, noch dieses Jahr erste Systeme in Alaska zu installieren.

Der Bundesrat hat zwar 2001 im Armeeleitbild versprochen, er verfolge die Entwicklung in diesem Bereich aufmerksam und werde zu gegebener Zeit weitergehende Abklärungen treffen bzw. Massnahmen einleiten. Bis jetzt bestehen allerdings keine Verträge, auch nicht für eine gemeinsame Erforschung des Bedarfs und möglicher Lösungsansätze.

2.8 Ausbildungskooperationen ausbaubar

Die neuen Führungsreglemente der Schweizer Armee erlauben es, einen guten Schritt vor-

wärts zu gehen bezüglich Interoperabilität in den Stabsarbeitsprozessen, ohne auf Bewährtes zu verzichten. Letztlich werden die Unterschiede zu den Verfahren anderer westlicher Armeen hierzulande tendenziell eher überschätzt. Auch die (späte) Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden trägt ihre Früchte. Wer an einer internationalen Übung je teilgenommen hat, wird allerdings mit Erstaunen feststellen, wie fähig und erfahren die Vertreter anderer Partnerschaftsstaaten etwa aus Ostmitteleuropa oder dem Balkan sind, die im Übrigen dieses Jahr vollwertige Nato-Mitglieder werden.

Die Nato befindet sich in einer grossen Transformation und wird tendenziell offener. So ist sie auch an der Zusammenarbeit mit anderen Staaten interessiert, sofern auf deren Seite «ein offizielles Interesse besteht und die Streitkräfte interoperabel sind», wie dies kürzlich der SACEUR und Chef des Allied Command Operations (ACO), General James L. Jones formulierte. Viele Offiziere haben die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit in der Ausbildung erkannt und bemühen sich gerade in den höheren Stäben um die Möglichkeit entsprechender Erfahrungen.

Wenn aber parallel dazu die entsprechende englische Fachterminologie zeitweise ein bundesrätlicher Bannstrahl trifft, so führt dies vorab bei den Berufsoffizieren zu einer Verunsicherung, die wenig zweckmässig ist. «Sicherheit durch Kooperation» beginnt mit gemeinsamer Ausbildung, die immer den Blickwinkel zu öffnen vermag, Lernen von der Erfahrung anderer ermöglicht und auch Vergleiche zulässt. Während sich in anderen Ländern Verteidigungsminister und Staatspräsidenten für internationale Übungen interessieren, insbesondere auch mit Blick auf den Ausbildungsbedarf ihrer obersten militärischen Stäbe, so gibt sich die Schweiz mit dem Besuch von Zweisterngenerälen zufrieden. Es stellt sich auch hier die Frage, ob nicht wertvolle informelle Kontaktmöglichkeiten auf politischer Stufe verpasst werden.

Die diesbezüglichen Bemühungen um Interoperabilität sind im übrigen nichts wirklich neues: Die Schweizer Armee hat auch im 19. und

20. Jahrhundert immer Ausrüstungen, Organisation und Prozesse der jeweils führenden Armee – zunächst Frankreich, dann Preussen/-Deutschland – abgeschaut und damit implizit Interoperabilität hergestellt.

2.9 Beiträge zur internationalen Stabilität ausbaubar

Nach vielen Jahren verschlossener Augen hat der Bundesrat die Relevanz des Kosovo-Konflikts für die Schweiz anhand der Flüchtlingszahlen erkannt; entsprechend engagierte sich die Schweiz mit der SWISSCOY und schaffte es auch, die gesetzlichen Grundlagen den Anforderungen anzupassen.

Bei den anderen drei Konfliktherden – Afghanistan, Irak, und Israel – beeilte man sich aber, keine Relevanz für die Schweiz zu deklarieren. Im europäischen Umfeld wird dies anders beurteilt: Afghanistan ist Lieferant von 90% des in Europa konsumierten Heroins, Irak verfügt nach dem immer instabiler werdenden, feudalistischen Saudi-Arabien über die zweitgrössten Erdölreserven der Welt. Von ihrer Verfügbarkeit hängen auch die Ölpreise in Europa ab. Von einer Lösung des Israel/Palästina-Konflikts mit seinen inzwischen täglichen Terroranschlägen und Gegenschlägen dürfte der Finanzplatz Schweiz aufgrund seines Marktanteils bei der Verwaltung israelischer Vermögen durchaus nachhaltig interessiert sein.

Früher oder später könnte es angemessen sein, dass die Schweiz sich deshalb auch in diesen Konfliktgebieten militärisch engagiert, wenn entsprechende UN-Beschlüsse sowie Nato- und EU-Mandate vorliegen. Eine entsprechende politische Vorbereitung in der Schweiz dürfte wertvoll sein.

Das Armeeleitbild sieht vor, die Truppen zur Friedensförderung bis in einigen Jahren auf Bataillonsstärke auszubauen. Österreich als etwa gleich grosses Land stellt heute rund 2000 Mann in friedensfördernden Einsätzen zur Verfügung und verfügt inzwischen über beachtliche Erfahrung. Ganz Europa geht davon aus, dass Befriedungs- und Wiederaufbau-

arbeiten in den kommenden Jahren zunehmen werden und langfristiger Natur sind.

In der Schweiz hingegen wird überlegt, ob der Kosovo-Einsatz aus Budgetgründen nicht beendet werden könnte. Von aussen gesehen ist es unverständlich, warum die reiche Schweiz nicht zu grösseren Beiträgen imstande ist. Natürlich wird dies auf diplomatischer Ebene politisch korrekt formuliert; in den multinationalen Verbänden ist diese Zurückhaltung etwas relativiert. Beobachtet man zudem die jüngsten aussenpolitischen Initiativen zu Israel, so erscheint die Diskrepanz zum Verteidigungsbereich noch grösser.

2.10 Kommunikation deutlich verbesserungsfähig

Die sicherheitspolitische Entwicklung baut in Europa immer mehr auf Gemeinsamkeit und internationale Vernetzung. Dies bereitet auf politischer Stufe offenbar Mühe. Wie anders ist es erklärbar, dass Rüstungs- und Planungsgespräche im Ausland, aber auch Grundüberlegungen des Chefs der Armee, die von den Medien hochgespielt werden, soviel Unruhe auslösen.

Vielleicht schafft es ein neuer Kommunikationschef, für den notwendigen professionellen Spielraum zu sorgen und auf politischer Stufe eine gewisse Gelassenheit nahe zu legen. Auch hierbei würde gelten, dass man von ausländischen Berufskollegen zuweilen lernen kann.

3 Fazit: Sicherheit durch Kooperation!

Diese Beispiele zeigen, dass der Grundsatz «Sicherheit durch Kooperation» nicht nur auf das Inland gemünzt sein kann. Wenn keine intensivere internationale Kooperation über die ganze Wertschöpfungskette der Schweizer Armee erfolgt, kann aus den finanziellen Mitteln

nicht ein Maximum an Sicherheit für die Schweiz herausgeholt werden.

Ein Missbrauch der Miliz aus budgetären Sparüberlegungen führt rasch zu wesentlich fundamentaleren Grundsatzfragen. Diese hat das Volk im Mai 2003 in aller Deutlichkeit beantwortet, allerdings angesichts des im Armeeleitbild vom Bundesrat vorgelegten Konzepts, welches der internationalen Kooperation und Kooperationsfähigkeit einen grösseren Stellenwert einräumte, als derzeit erkennbar ist.

Ob eigentlicher Unwille zur internationalen Zusammenarbeit besteht, kann angesichts der

klaren Aussagen im Sicherheitspolitischen Bericht und dem Armeeleitbild offen bleiben. Man ist jedoch geneigt, den Bundesrat aufzufordern, seine soliden Konzepte nicht tagespolitischem Opportunismus zu opfern, sondern umzusetzen.

«Sicherheit und Kooperation»

Wenn keine intensivere internationale Kooperation über die ganze Wertschöpfungskette der Armee erfolgt, kann aus den finanziellen Mitteln nicht ein Maximum an Sicherheit für die Schweiz herausgeholt werden. Die Verantwortung dafür liegt beim Bundesrat.

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft

Unsere Ziele

Der Verein und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.chinfo.ch/vsww), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen

- gegen eine moderne Milizarmee gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen (1987, 1989, 1993, 1997, 2000, 2001, 2002, 2003), sowie
- Expertenbeiträge zur einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate und danken allen im Voraus für Ihre Unterstützung.

Unsere Publikationen

Finden sie alle unter: www.chinfo.ch/vsww

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft, Postfach 65, 8024 Zürich, Internet: www.vswww.ch, Telefon: 01-266 67 67 oder Fax: 01-266 67 00

PC-Konto 80-500-4, Credit Suisse Zürich, Konto-Nr. 468809-01

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!